



# Kostenlos Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

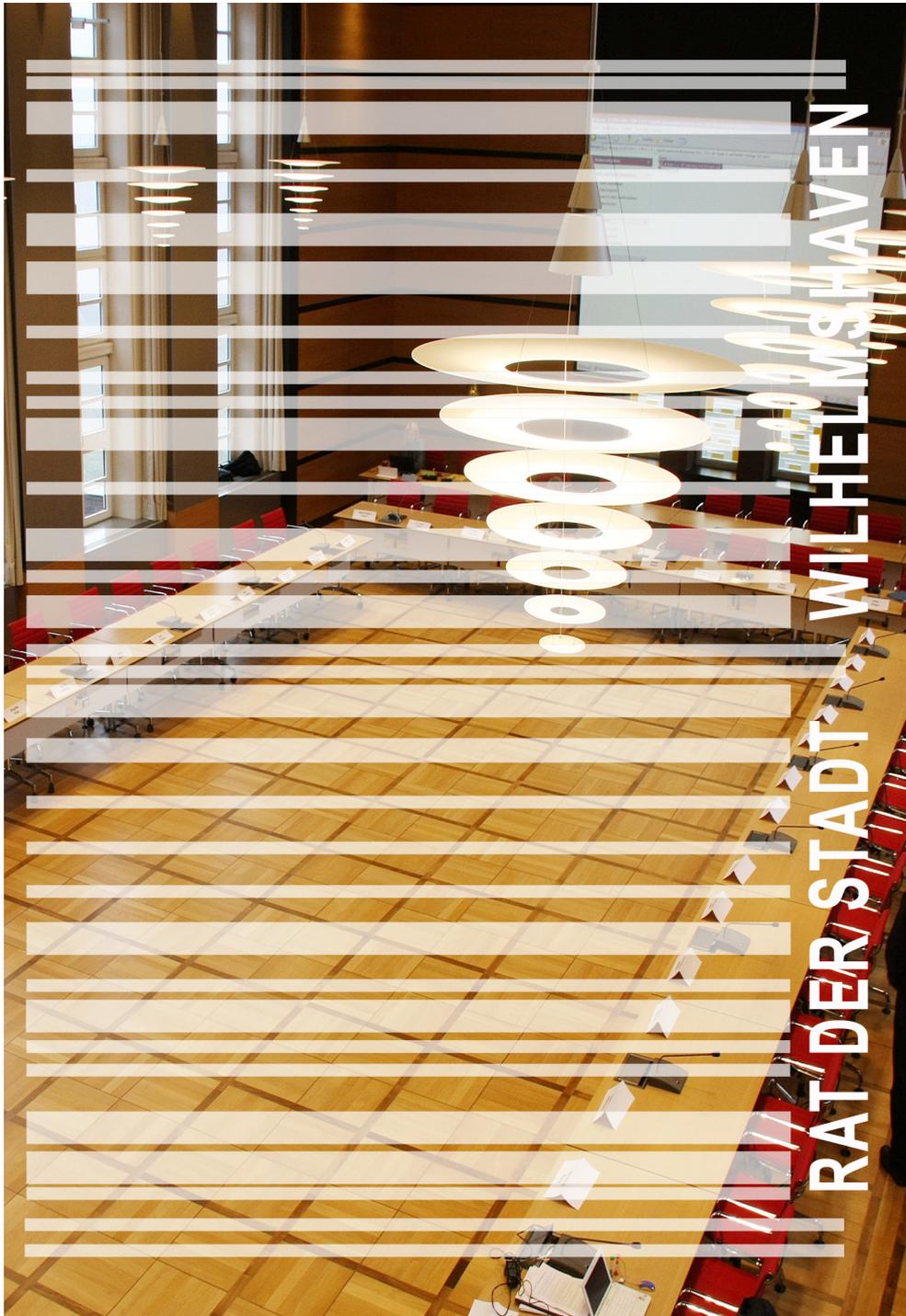
Gegenwind 262

Wilhelmshaven

Dezember 2011

## Stadtrat digital

Die Ratsmitglieder wurden mit Laptops ausgerüstet. Ob sich dadurch etwas verändert hat, können Sie auf Seite 6 überprüfen.



## Digits

■ Die Schleuseninsel soll Sondergebiet für Windenergie-Offshore-Technik werden. Ob die Stadt Wilhelmshaven das Projekt finanziell überhaupt schultern kann, erfahren Sie auf Seite 3.

■ Eine Akzeptanz des geplanten Umspannwerks in Antonslust durch die Bevölkerung konnte auch auf der Informationsveranstaltung der Stadt Wilhelmshaven nicht hergestellt werden. Auf Seite 4 tauschen wir Argumente aus.

■ Würden Sie gerne wissen, was ihr Abgeordneter im Stadtrat so macht, wie er abstimmt oder welche Aktivitäten er so entfaltet? Dann ist Abgeordnetenwatch genau das richtige für Sie. Auf Seite 5 werden Sie überzeugt.

■ Unsere Ratssplitter finden Sie diesmal auf der Seite 6 - hier erfahren Sie, wie die digitale Welt in Wilhelmshavens Rathaus Einzug hielt.

■ Was gibt es Neues im Hartz-IV-Dschungel? Wir haben auf Seite 8 wieder viele Punkte in unserer Rubrik "Hartz IV und Recht" zusammengefasst.

■ Auf der Seite 9 geht es gleich mit den Plaudereien aus der Schule weiter, da geht es um PISA, um Inklusion, um Krippenplätze ...

■ Wir stellen Ihnen auf Seite 10 ein neues Ratsmitglied vor: Rainer Büscher. Büscher sitzt für die Piratenpartei im Rat und möchte "Vieles bewegen".

■ Leserbrief finden Sie auf Seite 11, Nachrichten und Termine konzentrieren sich auf den Seiten 2 und 12 und im Internet finden Sie unter der Adresse

**gegenwind-whv.de**

noch zusätzliche Infos zu den einzelnen Artikeln, aktuelle Pressemitteilungen und sämtliche in den letzten 15 Jahren erschienene Gegenwindartikel.

*Der Gegenwind wünscht seinen Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest und ein anständiges Jahr 2012. Bedanken möchten wir uns besonders bei den vielen Verteilern, die es uns ermöglichen, den Gegenwind im gesamten Stadtgebiet verfügbar zu machen.*

# Nachrichten

## Ein guter Name

Das "Neue Gymnasium" (Arbeitstitel), in dem ab Sommer 2012 das Käthe-Kollwitz-Gymnasium und das Gymnasium am Mühlenweg fusionieren, soll unter Mitwirkung von Schüler-, Lehrer- und Elternschaft einen richtigen Namen erhalten. Das ist gut so und hat jetzt in Jever ein tolles Vorbild gefunden: Die Haupt- und Realschule (zukünftig Oberschule) Jever soll nach der 98-jährigen Friedensaktivistin Elisa Kauffeld aus Sillenstede benannt werden. *"Bis ins hohe Alter hat sie sich in der Friedensbewegung engagiert und gegen Kriege und Aufrüstung protestiert und demonstriert. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, für ihre Überzeugungen Gefängnisstrafen zu riskieren. 'Das hat die Schüler offenbar sehr beeindruckt', sagt Schulleiter Wolfgang Niemann-Fuhlbohm. Dazu komme, dass Elisa Kauffeld als einzige der vorgeschlagenen Namenspaten noch persönlich von den Schülern befragt werden konnte. Zudem war sie die einzige Frau auf der Liste. Nach Angaben des Schulleiters war die Namensfindung ein langer und sehr demokratischer Prozess, an dem die Schüler aktiv teilnahmen. Wie berichtet, wurden zunächst 30 Namen von Menschen mit Vorbildcharakter und Verbindungen ins Jeverland genannt, sechs von ihnen kamen in die engere Auswahl – neben Elisa Kauffeld der jeversche Schriftsteller Oswald Andrae (1926 bis 1997) und der letzte überlebende jüdische Einwohner der Stadt, Fritz Levy (1901 bis 1982)." (NWZ 9.12.2011)* Unser Vorschlag für das neue Wilhelmshavener Gymnasium: Wilhelm-Krökel-Gymnasium. Ein besseres Vorbild als den in Wilhelmshaven (Bant) geborenen und 1944 im KZ Neuengamme ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus kann es für Schüler/innen unserer Stadt nicht geben. Mich hat es für das Leben geprägt, Schülerin der Käthe-Kollwitz-Schule gewesen zu sein. Die Frage "wer war eigentlich die Namensgeberin meiner Schule" motivierte schon im Kinder- und Jugendalter zur Auseinandersetzung mit Krieg, Faschismus und Widerstand. Das "WKG" - Wilhelm-Krökel-Gymnasium - würde die bedeutsame Namenstradition des KKG fortführen. (iz)

## Handel & Wandel

Nun ist er da, der neue Mediamarkt. Das meiste, das es da gibt, ist zwar energiefressender Luxuskrum ("Unterhaltungselektronik"), aber lieber der Spatz in der Hand als nur kackende Tauben auf dem Dach einer leer stehenden Immobilie: Schön, dass das historische Karstadt-Gebäude wieder mit Leben gefüllt ist, gepflegt und geheizt wird, dazu 40 Arbeitsplätze. Ungewöhnlich auch, denn andernorts setzt der Gesamtkonzern eher "Saturn" in die Innenstädte und MM auf die grüne Wiese am Stadtrand. Also doppelt schön: kein zusätzlicher Landschaftsfresser am hinlänglich versauten Stadtrand, sondern Nachnutzung stadtbildprägender vorhandener Gewerbeflächen. Das sollte Schule machen.

Die Kehrseite der Medaille: Die Großen fressen die Kleineren. Nicht nur der ProMarkt

in der Nordseepassage macht dicht, Elektro Conrads hat schon im Vorfeld seinen Technik-Shop in der Börsenstraße geschlossen. Seit seiner Erfindung ist der Mensch Jäger und Sammler, heutzutage vor allem Schnäppchenjäger. Hauptsache billig, ohne zu überlegen. Um "billig" anzubieten, braucht es "Rationalisierung". Je größer der Konzern, desto günstiger der Einkauf beim Hersteller, desto günstiger großflächige Ladenmieten. Schnellerer Umschlag, weniger Lagerkosten. Kundendienst im herkömmlichen Sinne entfällt oder wird automatisiert, mit mehr Aufwand für den Kunden. Ein kleiner Einzelhändler mit wenigen Geräten bzw. Marken auf kleiner Ladenfläche, der noch intensiv berät und sich kümmert, mit mehr Personal pro Umsatzeinheit, kann da schwer mithalten. Wir drücken unseren alteingesessenen TV&Co-Händlern die Daumen, dass die Kunden treu bleiben. Ebenso unseren kleinen Bäckern um die Ecke, dass sie nicht von der geplanten Brotfabrik im JadeWeserPark (mit 400 Arbeitsplätzen) gefressen werden. Die Crux ist ja auch immer: Ein großer Betrieb bringt auf Schlag viele Arbeitsplätze und Gewerbesteuer, aber wenn der dicht macht, siehe Raffinerie, reißt das ein um so schmerzlicheres Loch. Viele kleine Betriebe sind eine solidere Basis, an der alle Konsumenten mitbauen können, die nicht um den letzten Cent feilschen. (iz)

## Jonathan

Im letzten Gegenwind kündigten wir noch voller Freude das Weiterleben des Naturkostladens Jonathan an. Wir schrieben, dass der Umzug des Jonathan in vollem Gange ist und das der Verkauf "schon zum 1. Dezember in den renovierten Räumen" laufen wird. Das war der Sachstand Anfang November. Und da ging auch schon der Umbau los. Anfang Dezember schrieb Jonathan auf Facebook: "Die Arbeiten in unserem neuem Ladengeschäft gehen voran" und untermauerte diesen Eintrag mit entsprechenden Bildern. Doch schon wenige Tage später sah man nur noch sorgenzerfurchte Gesichter im Jonathan: Das Bauordnungsamt machte den Träumen vom bevorstehenden Umzug ein Ende. Aus feuerpolizeilichen Gründen kann der Jonathan-Umzug nicht stattfinden. Und so mussten die Jonathans am 14. Dezember den folgenden Eintrag auf ihr Facebook-Profil schreiben: "Unsere geplante Eröffnung in diesem Jahr wird aufgrund einiger Probleme sich auf nächstes Jahr (1. Quartal) verschieben." Nun ist man auf der Suche nach Problemlösungen und einem neuen Ladenlokal. (hk)

Musikschule



schlagzeug - gitarre - bass  
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

www.schoolofrock-whv.de  
info@schoolofrock-whv.de  
Tel.: 04421/366423

## Alleen: Fotowettbewerb verlängert

Im Februar gründete sich in Friesland eine Bürgerinitiative zur Rettung der Alleen im Landkreis und umzu (s. GEGENWIND 257 vom März 2011). Zu den Forderungen und Zielen der BI "Rettet unsere Alleen - Allein sind Heimat" gehören die Erstellung eines Alleenkatasters und der Schutz der Baumreihen, vor allem vor überzogenen Maßnahmen der Autolobby. Die Unterstützer behalten auch fragwürdige Fällaktionen im Blick. Mit dem Wettbewerb "Mein schönstes Alleenfoto" fördert die BI das Bewusstsein für diese einzigartigen Landschaftsbestandteile; gleichzeitig entsteht damit eine eindrucksvolle Bestandsdokumentation. Der im Mai gestartete Fotowettbewerb wurde jetzt verlängert bis zum 15. März 2012. "So können (hoffentlich) auch noch mehr eindrucksvolle Winterfotos von heimischen Alleen eingereicht werden", wünscht sich die BI. Die Teilnahmebedingungen und auch die bisher eingereichten Fotos sind unter [www.rettet-unsere-alleen.de/einsehbar](http://www.rettet-unsere-alleen.de/einsehbar). (iz)

**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten  
Literatur + Comics u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
☎ 04421 / 4 21 84

## Mit Kunst Freude bereitet

ist der Titel einer Retrospektive des 2010 verstorbenen Wilhelmshavener Künstlers Jürgen Wild, die bis zum 3. Januar 2012 in der Sezession Nordwest zu sehen ist. Öffnungszeiten: Mi und Do 16 -19 Uhr, Virchowstr. 37, Telefon 04421 994165, E-Mail Sezession-Nordwest@ewetel.net.

  
Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 21.12.2011

[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonderer Dank gilt diesmal: ©GRUPPO|635.com, denen wir den Hintergrund unseres Titelbildes verdanken.

# Wer soll das bezahlen?

## Schleuseninsel soll Sondergebiet für Windenergie-Offshore-Technik werden

(jm) Das Paradepony der Region - der JadeWeserPort - kommt ja nicht so recht auf Trab. Derweil haben die Lenker der Geschicke unserer Stadt aus Hafengewirtschaft und Politik bereits ein anderes Steckenpony zwischen die Schenkel geklemmt: die Schleuseninsel!

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek hatte zuvor auf der Sitzung des Bauausschusses gar schon von zwei Großinvestoren und zwei heimischen Unternehmen gesprochen, die auf der Schleuseninsel 850 Fundamente herstellen und in See bringen wollen. Dafür würden die Investoren alle verfügbaren Flächen auf der Schleuseninsel benötigen – einschließlich des Biotops hinter der ehemaligen 3. Einfahrt und des Freizeit-Geländes südlich davon. Es gäbe schon ernsthafte Gespräche zwischen der Stadt, der Landeshafengesellschaft 'Niedersachsen Ports' und möglichen Investoren. (Quelle: WZ, 14.09.11)

Nun wäre die Innenseite der Schleuseninsel bestimmt schon längst mit Kaianlagen umkränzt und für Industrie und Gewerbe hergerichtet, wenn eine taugliche Straßenanbindung vorhanden wäre. Eine Brücke über den Innenhafen würde die Schleuseninsel an den Friesendamm anbinden und damit eine Schnellverbindung zur A29 schaffen.

Über den Bau dieser sogenannten 'Hafentorbrücke' hat man sich jedoch schon seit Jahrzehnten vergeblich den Kopf zerbrochen. Gescheitert sind solche Pläne (von wenig konkreten Bedarfsanmeldungen für die hafenauffine Nutzung der Schleuseninsel mal ganz abgesehen) in erster Linie an den Baukosten.

Der Bau dieser Brücke kostet nämlich ein Heidengeld, und dies hat unsere immer tiefer im Schuldensumpf versinkende Stadt heute nicht und morgen weniger denn je: *"Die Finanzlage der Stadt Wilhelmshaven droht sich dramatisch zuzuspitzen. Nach Erkenntnissen der Verwaltung könnte sich der Fehlbedarf im Haushalt bis Ende 2014 auf 113 Millionen Euro auftürmen."* (WZ, 14.06.10)

Allein die Planungskosten für die Brücke sollen sich auf 300.000 Euro belaufen. Für die eigentlichen Baukosten kommt man nach erster Grobschätzung auf 30 Mio. Euro! Abgesehen davon, dass solche Kostenschätzungen nicht selten gewaltig untertrieben werden: Da soll z.B. noch nicht mal ein Eisenbahnschluss mit einkalkuliert sein (Elbphilharmonie lässt grüßen). Immerhin ließe sich der Bau zu 60% mit Fördermitteln auf Basis des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes mitfinanzieren, wenn man rechtzeitig vor anderen Antragstellern ein Erfolg versprechendes Erschließungskonzept vorlegt. Die Zeit eilt also mal wieder, um bei der Schnäppchenjagd nach Beihilfen nicht leer auszugehen. Hierdurch gerät der Rat natürlich in Zugzwang - ohne die notwendige Umsicht beim Umgang mit den Steuergeldern der Bürger - aufs Glatteis zu gehen...

Und spätestens dann, wenn die Hafentorbrücke von einer Ratsmehrheit abgenickt ist, wird man sich mit der Kostenbeteiligung für die Herrichtung der Schleuseninsel beschäftigen müssen. Das dürfte auch nicht eben billig werden:

"Zwei Trockendocks in 3. Einfahrt" schlagzeilte die WZ in der Ausgabe vom 03.05.08. Anlass dazu gab die Firma Navitec, die auf der Hafensinsel gleich schräg gegenüber der Schleuseninsel ansässig ist. Dieser Schiffsreparaturbetrieb wollte jene nach dem Krieg von den Briten unbrauchbar gemachte Doppelschleuse auf ihre Tauglichkeit für Wiederherstellung als Trockendocks für bis zu 300 Meter lange Schiffe untersuchen lassen. Man ging damals von drei Jahren Bauzeit aus sowie grob geschätzten 100 Mio. Euro an Baukosten. Noch scheint Navitec den Plan nicht aufgegeben zu haben: Auf der Ratssitzung am 21.09. ließ nämlich der zu dieser Zeit noch amtierende OB Eberhard Menzel verlauten, dass eine Firma die Option habe, bis Ende des Jahres zu prüfen, ob die ehemals 3. Einfahrt wieder geöffnet werden könne, um sie dann als Dock nutzen zu können. (Quelle: WZ, 22.09.11)

Ein Trockendock für Schiffe und eine Offshore-Umschlaganlage lassen sich jedoch schlecht kombinieren. Bei Verwirklichung beider Projekte auf der Schleuseninsel müssten sie räumlich voneinander getrennt gebaut werden.

Dies scheint auch die Stadtverwaltung so zu sehen. So meinte der Herr Kottek in einem Vortrag vor dem SPD-Ortsverein West, dass es Kontakte mit einem Investor aus der Windenergiebranche gäbe, der auf der Schleuseninsel Potenzial sähe, die Gondeln von Windkraftträgern zu reparieren und zu warten. Das Gelände eigne sich dazu, da es seeseitig und vom Innenhafen erreichbar sei. In diesem Zusammenhang sprach er von der möglichen Realisierung eines 'kleinen JadeWeserPorts', der wahrscheinlich auf der Seeseite verwirklicht werden würde. (Quelle: Bürger-Portal, 21.01.11)

Während die Ratsgremien damit beschäftigt werden, wie die Hafentorbrücke finanziert werden kann, werden also schon mal hochfliegende Visionen über die vollständige Erschließung der Schleuseninsel ventiliert. Natürlich ist der Frontmann der Wilhelmshavener Hafengewirtschaftsvereinigung John H. Niemann auch wieder mit dabei. In seinem Vortrag vor der CDU-Mittelstandsvereinigung nutzte er die neue Lage nach der Energiewende dazu, alte Forderungen der Hafentorlobby zu erneuern: *"Wir müssen jetzt Gas geben, wenn wir ein Stück vom Kuchen abhaben wollen. Sonst laufen uns andere Häfen den Rang ab. (...) Jeder Meter Kaikante in Wilhelmshaven müssen wir für die maritime Wirtschaft nutzen."* Und *"Wohnungsbau nur dort, wo wir keinen Hafenbetrieb machen können!"* (WZ, 24.08.11) Diesmal jedoch ist aus jenem Dunstkreis – anders als damals beim Trommeln für den JadeWeserPort – nichts von angeblich privater Finanzierung zu vernehmen.

Man darf gespannt sein, wie weit sich der Rat darauf einlassen wird, dieses Projekt ohne Vorlage einer Kosten-/Nutzen-

Rechnung mit weiterem Schuldenmachen zu finanzieren.

Jahrelang fixiert auf den JadeWeserPort, will die Wilhelmshavener 'Hautevolée' demnach der Hafentorbrücke beim norddeutschen Kuchenrennen als Spätstarter hinterherhecheln. Denn es wird Jahre dauern, bis die Hafentorbrücke fertig ist und die Schleuseninsel womöglich mit einem 'kleinen JadeWeserPort' auf der Seeseite vermarktet werden kann.

Dabei haben die anderen Wettbewerber nicht nur Startvorteile, sie sind auch groß an der Zahl. Emden, Bremerhaven und Cuxhaven führen das Feld an. Aus Nordenham ist zu vernehmen, dass die Stadt den Zuschlag für ein Zulieferwerk für Offshore-Windkraftanlagen bekommen hat. In dem Werk sollen mehr als 300 Arbeitsplätze entstehen.

Und man lese und staune: In Norddeich will der dänische Energieriese DONG bereits im kommenden Sommer mit dem Bau einer 'Betriebsführungszentrale für Offshore-Windparks' beginnen. *"Ostfrieslands Küste wird in den nächsten Jahren immer mehr zur Drehscheibe für die Offshore-Windpark-Industrie werden."* (Ostfriesische Nachrichten, 12.12.11)

Weitere Nordseehäfen bemühen sich um das Windkraft-Offshoregeschäft, so z.B. Papenburg, Brake, Husum, Büsum, Brunsbüttel, Rendsburg, um nur die größeren zu nennen. Auch die schwindsüchtige Werftindustrie verspricht sich Schmerzlinderung durch Bau und Montage von Windkraftkomponenten.

Hamburg wähnt sich übrigens als Windenergie-Hauptstadt schon auf dem Kutschbock mit einer *"...der größten Unternehmenskonzentrationen Europas im Bereich der Erneuerbaren Energien, und dies insbesondere auch im Segment Windenergie, Produktentwicklung und Vertrieb, Konzessionierung und Finanzierung, aber auch die Offshore-Zentralen wichtiger Energieversorger sind in Hamburg konzentriert."* (Quelle: Deutsche Verkehrszeitung, 01.12.11)

Im Ergebnis dürfte die durch die wieder mal entfachte Bürgermeister-Konkurrenz ein Überangebot an Hafenanlagen und Gewerbeflächen entstehen, die dann folglich den Investoren wie Sauerbier, d.h. zu Dumpingpreisen angedient würden müssen.

Doch eigentlich bräuchten Rat und Verwaltung nicht die Zeit mit Finanzierungsmöglichkeiten für eine Brücke und einem 'Klein-JWP' zu verplempern – sei es auf Pump oder mittels Gegenfinanzierung durch Verschelbelung des verbliebenen 'Tafelsilbers' inkl. Reinhard-Nieter-Krankenhaus. Denn: Mit 315 m Kailänge, 50 ha Erweiterungsfläche sowie Straßen- und Bahnanschluss müsste der Hannoverkai doch ideale Bedingungen für Investoren aus der Offshore-Windkraftbranche bieten. In diesem voll erschlossenen Gebiet könnten sie sofort loslegen. Und da die Stadt hierfür 'kein'n Pfennig zubezahlt', könnte sie sich die Pleitegeier wenigstens ein Stück weit vom Hals halten.

Von daher gesehen ist es unverständlich, weshalb der Rat darauf hinsteuert, mit der Erschließung der Schleuseninsel den zweiten vor dem ersten Schritt zu tun. Nicht zu vergessen, dass hierdurch unnötig eine weitere Natur- und Erholungsfläche mit touristischem Potenzial geopfert würde. □

# Windige Sachzwänge

## Netzbetreiber wollen Umspannwerk Antonslust durchdrücken

(iz/jm) Im Frühjahr 2011 wurden die Planungen für ein Industrie- oder Gewerbegebiet mit Umspannwerk in der ländlichen Idylle zwischen Wilhelmshaven und Fedderwarden öffentlich. Bei einer Informationsveranstaltung auf Burg Kniphausen im November wurde die Gemengelage der Interessen deutlich. Die Akzeptanz der Anwohner bleibt gespalten.

Wir erinnern uns: Im März hatten besorgte Anlieger zu einem Info- und Diskussionsabend in die Gaststätte "Antonslust" geladen (Gegenwind 257 vom März 2011, "Schafweide mit Bahnanschluss"). Jetzt war die Stadt Veranstalter des Infoabends mit Referenten des Netzbetreibers TenneT, zu dessen Unternehmensphilosophie es gehört, frühzeitig den Austausch mit Betroffenen zu suchen. So halten es auch andere Großunternehmen. Das ist einerseits anständig, andererseits sollen durch ein kuscheliges Miteinander auch Widerstände aus dem Weg geräumt werden.

Oberbürgermeister Andreas Wagner gab höchstselbst den Moderator inklusive Mikrofontransport zwischen den Rednern. Bislang erfüllt er sein Versprechen von mehr Bürgernähe. (Im Nachgang erschien auf der Internetseite der Stadt ein eigener Bericht, in dem auch kritische Beiträge der Veranstaltung sachlich und namentlich gewürdigt wurden.) Die Firma TenneT, einer der TOP 5 der europäischen Stromnetzbetreiber, fuhr gleich vier Fachleute auf, die versuchten zu erklären, warum Wilhelmshaven ein weiteres Umspannwerk braucht (neben dem an der Maade) und warum gerade der Standort Antonslust ins Auge gefasst wird.

### Interessenskonflikte

Für Schnell-Leser/innen, denen Details zu mühsam sind, hier die Zusammenfassung der Interessenslagen, die sich während und nach der Veranstaltung herauskristallisierten. Die Stadt möchte vor allem eins: Die Flächen an der Antonslust verkaufen. Das würde schätzungsweise 1,5 Mio Euro in die klappe Stadtkasse spülen. TenneT möchte dort das Umspannwerk (UW) bauen, weil es für sie logistisch der beste Standort ist. Die Anwohner (zumindest einige) konnten sich am Ende mit einem UW arrangieren, wenn es, wie versprochen, entsprechend eingegrünt und ein Sicherheitsabstand garantiert wird. Der OB würde ein Gewerbegebiet bevorzugen, weil es mehr Arbeitsplätze bringt. Die Anwohner möchten kein Gewerbegebiet, das an ihre Grundstücke heranrückt. Naturschutzvertreter möchten das Landschaftsbild am dortigen Stadtrand lieber gänzlich unangetastet wissen und fordern die Suche nach einem Alternativstandort für das Umspannwerk bzw. die Nutzung des vorhandenen Gewerbeflächenpools für Ansiedlungen andernorts.

Dass TenneT ein UW unbedingt bei Antonslust errichten möchte, ist relativ neu. Bereits vor Jahren wurde ein Antrag auf Erweiterung des UW Maade sowie der Bau einer 380-kV-Höchstspannungsleitung nach Conneforde beantragt. Damit sollte neben dem bestehenden Kohlekraftwerk von E.ON auch das im Bau befindliche Kohlekraftwerk der Firma GDF SUEZ mit ans Netz gehen. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, dass zusätzlich auch noch der Strom aus einem 2. Kraftwerksblock von E.ON abgeführt werden

konnte. Als E.ON sein '50+Projekt' wegen Materialproblemen eindampfte, war man offenbar nicht mehr auf eine 380-kV-Leitung von TenneT angewiesen. Die bestehende 220-kV-Leitung nach Conneforde reicht für die Stromabfuhr aus dem bestehenden E.ON-Kraftwerk ja weiterhin aus. Dies hat bei TenneT wohl den Anstoß zum Umdenken gegeben.

Da passt es gut, dass die Firma INEOS ihre für die Erweiterung des UW Maade und der Höchstspannungsleitung erforderlichen Flächen nicht verkaufen will?! Und die Stadt, hier schließt sich der Kreis, dürfte kaum ernsthaft mit INEOS verhandeln, wenn sie den Standort Antonslust vermarkten will. Andererseits liebäugelt sie mit der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, weshalb ein anderer Standort für das UW wieder zur Diskussion steht. Der Verkauf an TenneT wäre allerdings eine sichere Bank, die Öffnung eines weiteren Gewerbegebietes ohne konkrete Nachfrage weniger.

### Wohin mit dem Windstrom?

Laut Marius Strecker von der Bayreuther TenneT-Zentrale geht es dem Höchstspannungsnetzbetreiber vorrangig um die Abnahme des Stroms aus erneuerbaren Energien. Es sollen einmal gewaltige Mengen werden, die von den Erzeuger- zu den Verbraucherzentren transportiert werden müssen. Was aber an Offshorestrom über ein UW in Wilhelmshaven in das europaweit gespannte Fernleitungsnetz eingespeist werden soll, nimmt sich bislang äußerst bescheiden aus: Außer dem Stromanschluss des Offshore-Windparks 'Nordergründe' - mit mickrigen 111 MW-Nennleistung - über eine 115-kV-Wechselstromleitung sind bislang keine Offshore-Anbindungen an Wilhelmshaven

geplant. Die bislang von TenneT geplanten Stromtrassen verlaufen über Ostfriesland und Dithmarschen. Auf der Netzkarte 'TenneT-Offshore' ist die 'Nordergründe'-Trasse noch nicht mal eingetragen. Das neue UW ist demnach nur ein winziger Baustein des ambitionierten Vorhabens aus zehntausenden Kilometern Leitungen und Zusatzanlagen.

### Stadt-Rand-Schluss

Im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes müssen bei einem Vorhaben verschiedene Alternativen geprüft werden, um Eingriffe in die Natur zu minimieren. Zum Schutz des Landschaftsbildes empfiehlt es sich, Industrie- und Gewerbeanlagen zu konzentrieren, statt in der Fläche zu streuen. Deshalb der Vorschlag Rüstereieler Groden, wo sich ohnehin schon Industrie- und Energieanlagen ballen, während der Bereich Antonslust-Kniphausen abgesehen von der Autobahn bis jetzt noch eine ländlich geprägte Stadtrandssituation aufweist. Sind weitere Optionen ernsthaft geprüft worden? Laut TenneT ist Antonslust "aus technischer Sicht der beste Standort", weil sich ohne Konflikte mit anderen Bauwerken die vorhandene Stromtrasse neben der Autobahn nutzen lässt (die neuen Leitungen sollen übrigens unterirdisch verlegt werden). Eine Antwort, nur nicht auf die gestellte Frage.

### Landschaftskosmetik

Nachdem soweit geklärt war, wer und was die Stadtplanung bestimmt, ging es um das "Wie". Laut TenneT werden die Anlagen des Umspannwerkes maximal zehn Meter hoch, einzelne "Portale" höchstens 19 Meter. Der Boden würde kaum versiegelt bis auf die Zuwegung für Wartungsarbeiten, und das Ganze schön eingegrünt.

Die Anwohner interessierten sich allerdings für die Abstände zwischen dem UW und der Wohnbebauung (Stichwort Elektrosmog) und für die Nutzung der verbleibenden Flächen, die nicht für die Transformatoranlage benötigt wird. (Die Nutzfläche reicht etwa von der Autobahn bis zu einem Graben, der ca. 300 m von der Wohnbebauung entfernt ist). Ihre Befürchtungen, dass dort weitere Gewerbe- und Industrieanlagen errichtet werden, wurden vom OB "verstanden und aufgenommen". Konkret festlegen wollte er sich aber zu dem Zeitpunkt nicht: "Wollen wir die Fläche nur mit einem Umspannwerk blockieren oder für weitere Arbeitsplätze freihalten?" Für Kottek passt das energiewirtschaftliche Vorhaben zur geplanten Ansiedlung von Offshore-Wind-Technologie (Anlagenbau und -umschlag) in Wilhelmshaven.

Schließlich brachte Anliegerin Sigrid Loges die Idee auf, dass TenneT die freibleibenden Flächen zwischen Umspannwerk und Siedlung insgesamt aufkauft und durch naturnahe Bepflanzung und Gestaltung aufwertet, als eine Art Kompensation. (Sie stehen zwar nicht in der Pflicht, aber vom Umfang her wäre das "Portokasse" und der Akzeptanz sehr dienlich.)

"Viele Probleme wären vom Hof, wenn ein Gewerbegebiet beim Umspannwerk ausgeschlossen würde", stellte Joachim Tjaden (Ratsherr für die BASU) fest. Mit einer eindeutigen Zweckbestimmung "Ver- und Entsorgungsfläche" (hier: für Energie) im Flächennutzungsplan wäre das machbar, wie ein Mitarbeiter vom städtischen Planungsamt unserer Zeitung auf Nachfrage bestätigte. □

## Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

## Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen  
Generalagentur  
Holger Janßen, Gökerstr. 216  
26386 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 77 45 43  
Fax: 04421 / 96 66 90

# Gastbeitrag

von Anette Kruse-Janßen

## Nicht nur "watchen", sondern auch fragen!

Einige von Ihnen werden es schon kennen: [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Abgeordnetenwatch hat sich zum Ziel gesetzt, mehr Transparenz und Bürgernähe in die Politik zu bringen. Mittel dazu ist eine Internetplattform, die öffentliche Bürgerfragen an Abgeordnete auf Bundes- und Europaebene sowie in aktuell 6 Landesparlamenten ermöglicht. Zusätzlich dokumentiert werden das Abstimmungsverhalten und die Nebeneinkünfte der Politiker.

Seit einigen Monaten gibt es [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) auch auf kommunaler Ebene. Bisher sind die Abgeordneten und Ratsmitglieder von 20 Städten und Landkreisen online befragbar. Das brachte mich auf die Idee, das auch für Wilhelmshaven umzusetzen. Besonders, da sich nach den vergangenen Kommunalwahlen eine ganz neue Zusammensetzung des Rates ergeben hat.

... und tatsächlich! Als erste Stadt in ganz Niedersachsen wird Wilhelmshaven dabei sein. Noch im Dezember wird der Anfang gemacht. Die Ratsmitglieder wurden inzwischen aufgefordert, ihr Profil zu vervollständigen und eventuell ein Foto hochzuladen. Alle Parteien und Wählervereinigungen, die vor der Wahl von mehr Bürgernähe gespro-

chen haben, haben nun die Möglichkeit, einen kleinen Schritt dahin zu machen.

Dann sind Sie als Bürgerinnen und Bürger gefordert! Fragen Sie Ratsmitglieder nach der Verwirklichung von Wahlversprechen, nach Anliegen, die Ihnen ganz besonders am Herzen liegen. Fordern Sie Stellungnahmen, mischen Sie sich ein!

Die Beantwortung der Fragen ist für die Ratsmitglieder natürlich freiwillig, aber es wird schon dokumentiert, wer wie viele Fragen bekommen hat und wie viele davon beantwortet wurden. Auch das lässt schon Rückschlüsse auf das Engagement der Mandatsträger zu. Betonen muss man dabei natürlich, dass die Ratsmitglieder ehrenamtlich tätig sind und in der Regel noch einem Beruf nachgehen. Man wird also keine sekundenschnellen Antworten erwarten können. Aber sie alle haben sich für dieses Amt beworben und waren sehr erfreut, gewählt bzw. wiedergewählt zu werden.

Fragen, aber auch Antworten werden vor ihrer Veröffentlichung auf dem Portal von einem Moderatorenteam gegengelesen und mit einem Moderations-Codex abgeglichen. Damit will man verhindern, dass z.B. Beiträge mit Beschimpfungen, Beleidigungen und menschenverachtenden Formulierungen veröffentlicht werden. Ausgeschlossen sind auch Fragen nach dem Privatleben oder Fragen, die unter eine berufliche Schweigepflicht fallen. Der/die Fragende muss sich mit richtigem Namen zu erkennen geben, anonyme Fragen werden nicht weitergeleitet.

Alle Fragen und Antworten, die diesem Codex entsprechen, werden veröffentlicht und auch gespeichert. [Abgeordnetenwatch.de](http://Abgeordnetenwatch.de) soll so zu einem virtuellen Wählergedächtnis werden.

Und jetzt kommt wieder der unangenehme Teil: Das Ganze muss natürlich auch finanziert werden, und das so, dass [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) wirklich unabhängig bleiben kann: durch Spenden und Fördermitglieder. Die Kosten für dieses kommunale Projekt belaufen sich auf ca. 100 € monatlich. Die ersten Fördermitglieder sind schon gefunden; es wäre schön, wenn sich noch andere anschließen würden, um [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) langfristig in Wilhelmshaven zu sichern.

Nähere Infos findet man ... na wo wohl? ... im Internet unter [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de).



## In eigener Sache

### iz ./ Gerüchteküche

Am 24.11. erschien im WESERKURIER ein Artikel über den Verein zum Erhalt der Südzentrale. Der Beitrag endet wie folgt: "Der neue Oberbürgermeister und sein Bündnis aus CDU und SPD werden nun Farbe bekennen müssen. Wagner ist im Wahlkampf dem Erhaltungs-Verein beigetreten. Hinter den Kulissen soll er sich allerdings schon erkundigt haben, ob ein stadtbekanntes Parteimitglied der Linken dessen Pressesprecherin sein müsse."

Da es meines Wissens nur eine Pressesprecherin des Vereins gibt, fühle ich mich angesprochen, etwas richtig zu stellen. Ich sage es nur einmal im Guten: Ich war niemals Mitglied der Partei DIE LINKE.

Und ich fordere alle, die daran beteiligt waren, dieses Gerücht in die Welt zu setzen und weiter zu verbreiten, unmissverständlich auf, dieses ab sofort zu unterlassen.

Es geht hier nicht um meine Zu- oder Abneigung gegenüber der Partei DIE LINKE. Ich bin sauer, weil man Unwahrheiten über mich verbreitet.

Ob und was Wagner wann zu wem gesagt hat, den der Autor dann zitiert - alles Spekulation. Diese Gerüchteküche hatte eine Menge Köche, die sich schon seit Mai was zurechtgebrutzelt haben. Da hieß es nämlich, quer durch diverse Stammtische, ich sei designierte OB-Kandidatin der Partei DIE LINKE. Alles Quatsch!

Man hätte mich ja einfach mal direkt fragen können, statt den Klofunk unreflektiert weiterzuverbreiten. Aus der Riege der "Etab-

lierten" hat mich nur einer persönlich drauf angesprochen: OB Menzel, am Rande der Ratssitzung im Juli (!), "wie schön, wenigstens eine Frau in der OB-Kandidaten-Elf". (Haha.) Ich habe ihn aufgeklärt und geglaubt, mit der Richtigstellung an dieser Stelle sei der grobe Unfug aus der Welt. Doch die "Stille Post" ging weiter, siehe oben.

Unabhängig von meiner (parteilosen) Person: Was ist falsch daran, dass auch tatsächliche Mitglieder der LINKEN, ebenso wie Bürgerlich-Konservative, den Verein zum Erhalt der Südzentrale unterstützen? "Eine ungewohnt bunte Phalanx aus Teilen der hafennahen Wirtschaft bis zu Aktivisten der Linken pocht auf den Erhalt der Südzentrale", beschreibt der Autor im WESERKURIER (in diesem Fall zutreffend) das erfrischend Besondere an diesem Verein: Leute, die sich zu anderen Themen mächtig zanken würden, ziehen mal an einem Strang. Hier findet sie statt, die viel beschworene (außerparlamentarische) "Wilhelmshaven-Koalition". Welches Projekt hat jemals solche Identifikationskraft besessen wie die Südzentrale? Das sollte der Politik Grund genug sein, sich mit aller Kraft dem Erhalt des Denkmals zu widmen.

Der Autor des Artikels hat sich zwischenzeitlich bei mir entschuldigt, weil er nicht - durch einfache Nachfrage bei mir - sorgfältig und abschließend recherchiert hat. Allen anderen Mitwirkenden der Gerüchteküche lege ich nahe, jedwede Behauptungen über meine angeblichen Parteimitgliedschaften sofort einzustellen. Ich will nix mehr davon hören!

Imke Zwoch

Webkraftwerk  
webdesign | grafik | foto | werbetechnik | textildruck



Webdesign  
Druckdesign  
Textildruck  
Fotografie  
Werbetechnik

[www.webkraftwerk.de](http://www.webkraftwerk.de)  
0 41 21 - 3 58 59 70

Gegenwind

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.

Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales. Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

# Ratssplitter

vom 23. November 2011  
digitalisiert von Imke Zwoch

## Papierlos

geht es jetzt im Ratssaal zu. Bisher wanderten ganze Wälder über die Ratstische ins Altpapier, nun können Ratsmitglieder, Presse und Bürger/innen das digitale Ratsinformationssystem nutzen. Für alle, die kein Laptop dabei haben, werden die Vorlagen an die Stirnseite des Saales projiziert. Schön wäre es, wirklich ALLE Vorlagen rechtzeitig online zu stellen. Wenn man mit dem Rücken direkt vor der Leinwand sitzt, ist es orthopädisch anspruchsvoll, zum Mitlesen den Kopf um 180 Grad nach hinten und gleichzeitig 45 Grad nach oben zu wenden. Wer der Presse den Kopf verdrehen will, sollte das lieber mit guten Argumenten und Beschlüssen versuchen.

## Sprachlos

Eine der ersten Amtshandlungen der "großen Koalition" aus CDU und SPD war Anfang November die Änderung der Geschäftsordnung. Neu darin u. a.: Jedes Ratsmitglied darf zu einem TOP nur noch einmal bis zu fünf Minuten sprechen. Das trifft vor allem die "Kleinen": Die CDU könnte sich theoretisch mit 15 Ratsmitgliedern eineinviertel Stunde zu einem Thema ausbreiten, während z. B. Piraten oder Linke mit je einem Vertreter aus der Diskussion raus sind, sobald sie einmal den Mund aufgemacht haben. Der als Einzelkämpfer gleichfalls betroffene FDP-Ratsherr Michael von Teichman war wegen der Redezeitbeschränkung umgehend vor das Verwaltungsgericht gezogen - und bekam einstweilig Recht: Bis zur endgültigen Entscheidung darf er - aber nur er! - zweimal zu jedem TOP sprechen. Er riet den anderen Solisten und Kleinstfraktionen, ebenfalls den Rechtsweg zu beschreiten, und zeigte sich zuversichtlich, auch im Hauptverfahren vor dem VG zu obsiegen.

Im Prinzip ist eine Disziplinierung ausschweifender Redner angebracht. Oftmals gerät die "Beratung" zum reinen Schaulaufen, es wird nicht wirklich diskutiert, klug erscheinende Argumente von Vorrednern werden wiederholt, in

Ausschüssen und Fraktionssitzungen wurde sowieso schon alles festgeklopft. Doch mit einer ohnehin schon massiven 2/3-Mehrheit einfach die Minderheiten mundtot zu machen, kann nicht die Lösung sein. So was muss der gesamte Rat auf Augenhöhe im kreativen Miteinander erarbeiten. Deshalb viel Glück und ein © für "vT".

## Aussichtslos

Ein ganzes Antragspaket hatte die BASU mit in die Sitzung gebracht. Dazu gehörte, mit der nächsten Kommunalwahl (2016) die Zahl der Ratsmitglieder von 44 auf 38 zu reduzieren. Das habe sich schon die Jamaika-Koalition vor 5 Jahren auf die Fahne geschrieben, die aber später nicht geschwenkt, erinnerte Joachim Tjaden. vT unterstützte den Antrag ("wer sparen will, muss Farbe bekennen"), SPD-Sprecher Karlheinz Föhlinger lehnte ihn kategorisch ab. Nach Nds. Gemeindeordnung (NGO) darf eine Gemeinde bis spätestens 18 Monate vor dem Ende der Wahlperiode die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und -herren um 2, 4 oder 6 verringern. Bei zwei Enthaltungen entschied die Ratsmehrheit, die Entscheidung bis vor den Stichtag (30.4.2015) zu verschieben.

Des Weiteren hatte die BASU verschiedene Vorschläge zur Änderung der Hauptsatzung: "Über Rechtsgeschäfte ... beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 50.000,- € übersteigt (bisher: 100.000); "Der Rat kann in wichtigen Angelegenheiten der Stadt eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger beschließen"; sowie die Reduzierung von 2 auf 1 stellvertretende Bürgermeister/in. Wegen allgemeinen Murrens verschob Tjaden das auf die Dezembersitzung.

## Zeitlos

Die Wilhelmschavener Berufsfeuerwehrlaute schieben seit Jahren eine Menge Überstunden vor sich her. Statt der regulären 48 Stunden pro Woche arbeiten sie im Schnitt 56 Stunden. Die BASU will, dass die Überstunden endlich mal abgegolten werden. Dazu ist die Stadt nach andernorts gesprochenen Gerichtsurteilen verpflichtet. Noch bis Jahresende soll die Verwaltung dazu dem Rat ein mit den Betroffenen abgestimmtes Konzept vorlegen und der Rat vorsorglich für 2012 zusätzlich 500.000 Euro in den Haushalt einstellen. CDU-Ratsherr Stephan Hellwig wollte nicht mit so einem Beschluss "in ein schwebendes Verfahren eingreifen". Dezernent Jens Graul beschwichtigte, die Forderung wäre bereits anerkannt, man habe alle betroffenen Feuerwehrlaute angeschrieben. Es sei auch ein Ausgleich in Freizeit möglich, die meisten wollten aber lieber finanziellen Ausgleich. Über die Kosten wolle er aber nicht in öffentlicher Sitzung spekulieren. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

## Tariflos

Im Reinhard-Nieter-Krankenhaus werden die Auszubildenden und Beschäftigten nicht nach Tarif eingruppiert, kritisiert die BASU. Das ist nicht neu (s. u. a. Gegenwind 235 vom April 2008), um so dringender muss es geändert werden, weshalb die BASU beantragte: "Der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Betriebsausschuss des RNK werden damit beauftragt, alle Auszubildenden

und Beschäftigten aller Betriebszweige der RNK-gGmbH, die momentan unter sogenannten Haustarifen beschäftigt werden, schnellstmöglich wieder in den TVöD zu übernehmen." Abgesehen davon, "dass es sich bei den Beschäftigten der RNK-gGmbH nicht um städtische Mitarbeiter 2ter Ordnung handelt", was also schlichtweg ungerecht ist, wies Tjaden auch auf den steigenden Qualitätsdruck durch Konkurrenz der Krankenhäuser hin. Unzufriedene und schlecht bezahlte Mitarbeiter sind keine Basis für die Zukunftssicherung einer Klinik. Für Ursula Biester (CDU) sind die "3,3 Mio Mehrkosten nicht realisierbar", wenn das RNK insolvent geht, wären die Mitarbeiter arbeitslos. (Was nützt aber ein Arbeitsplatz, von dem man kaum leben kann? © Was nützt es, die Qualität tot zu sparen?) vT brachte seine Lieblingsforderung vor, das RNK zu privatisieren (was laut Koalitionsvertrag der Mehrheitsgruppe ausgeschlossen ist). Werner Biehl erklärte, die Grünen würden diesen "klassischen Gutmensch-Antrag" © ablehnen. Das tat auch die Mehrheit, nur Al-Chafia Hammadi (Die Linke) und Rainer Büscher (Piraten) unterstützten die BASU.

## Hoffnungslos

Ein dicker Brocken war das Haushalts-sicherungskonzept. Die Kommunalaufsicht wird allmählich ungnädig. Die Verwaltung stellte eine Menge Sparvorschläge zur Diskussion. Einer davon war, die Grundsteuer von jetzt 430 ab 2012 auf 465 Punkte zu erhöhen. Für Hellwig wäre das "kein gutes Signal an die Wirtschaft und Ansiedlungswillige", man rücke allmählich an den nds. Spitzenreiter Hannover (500 Punkte) heran. Biehl rechnete aus, die Erhöhung würde jeden Bürger nur mit einem Euro monatlich belasten. CDU-Sprecher Günter Reuter sieht keine Chance, noch Ausgaben zu verringern, also müsse man die Einnahmen verbessern. Warum er trotzdem mit der Mehrheit gegen die Steuererhöhung stimmte, bleibt ungeklärt. Für die Anhebung der Grundsteuer stimmte mit den Grünen auch OB Andreas Wagner.

Ein anderer Vorschlag im Verwaltungspapier war, die Anzahl der Grundschulen von 13 auf 10 zu reduzieren und auch die Standorte von Haupt-, Real- und Förderschulen zusammenzufassen. Da wollte die Ratsmehrheit nicht ran: "Wir wollen keinen Ärger riskieren bei Schülern, Lehrern und Eltern", mahnte von Teichman. "Nur um der Kommunalaufsicht Knochen mit Fleisch hinzuwerfen, ist das Thema zu sensibel". Genau diese beiden vom Rat abgelehnten Maßnahmen - Schulentwicklungsplanung und Erhöhung der Grundsteuer - hatte aber die Kommunalaufsicht unmissverständlich gefordert. Stadtrat Jens Stoffers kommentierte den Mehrheitswillen sarkastisch: "Herzlichen Dank, ich freue mich jetzt schon auf weitere interessante Diskussionen mit der Kommunalaufsicht." Dazu Jörn Felbier (CDU): "Das ist Ihr Job, dafür werden Sie bezahlt," © Nee, Herr Felbier, die Verantwortung für seine Entscheidungen muss ein Ratsherr auch mittragen.

## Opferlos

Noch ein Verwaltungsvorschlag war der Verkauf des Schulverkehrsgartens (Erlös 60.000 Euro). Für vT ist die Übungsfläche ein Luxus, für Föhlinger und Frank Uwe Walpurgis

Hier gibt es mittelalterliche Getränke

Met (Honigwein)

lieblich - halbtrocken - trocken

Honigbier

Bärenfang

Kirschbier

Schottisches Bier



Kiosk Buß (neben dem KlingKlang)

Mitscherlichstr. 5, 26382 WHD

[www.metecke.de](http://www.metecke.de)

**SPOONER**  
**Anziehsachen**  
 Marktstr. 19  
 gegenüber Hertie  
 26382 WHV  
 www.myspace.com/spooneranziehsachen  
**NEU Cyroline T-Shirts 14,99 €**



(Freie Wähler) ist Verkehrserziehung ein Muss. Verkauf mehrheitlich gestrichen. Unser Vorschlag: Um den Verkehrsgarten besser auszulasten, sollte man auch bestimmte Erwachsene regelmäßig hinschicken. 3000 Verkehrstote jährlich in Deutschland sind immer noch 3000 zu viel.

### Schmucklos

Letzter Auszug aus der Vielfalt der Vorschläge: "Verbesserung des Stadtbildes; Aufgabe der Schmuckbeete zugunsten der Pflege des Straßengrüns". Wurde akzeptiert. Mein Reden! Wer braucht schwarzgekratzte Begonienbeete? Gibt's auf dem Friedhof genug. Schön wäre es, bei der Pflege des Straßengrüns ökologische Aspekte zu berücksichtigen und auf Baumscheiben mal was blühen zu lassen, was sich von selbst einfindet.

### Ideenlos

Eigene Ideen zum Haushaltssicherungskonzept brachten nur die BASU und die FDP ein, alle anderen verließen sich auf Vorschläge der Verwaltung. Die BASU hatte gleich 21 Vorschläge, wie: Schließung der Stadthalle (jährliche Ersparnis rund 300.000 Euro), Ankauf Gebäude Küstenmuseum (derzeit 40.000 Euro Miete monatlich), Masterplan Tourismuszone Banter See, kein Durch- und Ausbau Anton-Dohrn-Weg, Verschmelzung WFG & WTF, Verkauf Gewerbezentrum Kutterstraße und Biotechnologiezentrum Emsstraße, Erhöhung der Gebühren bei der Industriewasserversorgung und der Energiepreise für Großindustrie ("Die Gebühren werden um 10 % erhöht, um hier Gewinne zu erzielen. Die privaten Abnehmer in Wilhelmshaven sorgen mit ihren Zahlungen für Energie und Wasser für Gewinne bei der GEW und tragen damit zur Haushaltsverbesserung bei. Das muss auch für die Industrie gelten"), Verkauf des Jade Stadions, alternativ Erhöhung der Mieten, kostendeckende Mieten bei der Nordfrostarena; Zurücknahme der Reduzierung der Migrationsberatung im Stellenplan; Intensivierung der Kontrolle von Verkehrsverstößen u. a. Die KollegInnen fühlten sich etwas überrollt, Stoffers schlug Rückverweisung an die jeweiligen Fachausschüsse vor, Tjaden stimmte zu.

### Fleischlos

Von Teichman hatte 16 Vorschläge auf dem Zettel. "Ein Leipziger Allerlei wie der vorherige Antrag", kommentierte Hellwig. Jaja, selbst keine Vorschläge machen und über andere lästern ☹. Aber was wollte

Hellwig uns damit sagen? "Leipziger Allerlei ist ein Gemüsegericht, das auch als Beilage serviert wird. Es besteht aus jungen Erbsen, Karotten, Spargel und Morcheln. Häufig werden Grüne Bohnen, Blumenkohl oder Kohlrabi hinzugefügt. Zum klassischen Leipziger Allerlei gehören auch Flusskrebse, Krebsbutter und Semmelklößchen", verrät Wikipedia. Klingt doch lecker und gesund! (außer für die Krebse). Aber jetzt kommt's: "Der Legende nach ist Leipziger Allerlei eine Erfindung, um die damals reiche Stadt Leipzig nach den napoleonischen Kriegen (1803–1815) vor Bettlern und Steuereintreibern zu schützen. Der Stadtschreiber Malthus Hempel soll den Stadtvätern vorgeschlagen haben: "Verstecken wir den Speck und bringen nur noch Gemüse auf den Tisch, sonntags vielleicht ein Stückchen Mettwurst oder ein Krebslein aus der Pleiße dazu. Und wer kommt und etwas will, der bekommt statt Fleisch ein Schälchen Gemüsebrühe und all die Bettler und Steuereintreiber werden sich nach Halle oder Dresden orientieren." Leider gibt es in Wilhelmshaven keinen Speck zu verstecken und die Kommunalaufsicht guckt auch aufs Gemüse. Deshalb will von Teichman: Zusammenlegung von Aufgaben mit LK Friesland (Rechnungsprüfungsamt, Gesundheitsamt, Kultursteuerung, Kultureinrichtungen, Personalabrechnung, EDV - mind. 2 Mio Einsparung); Einsparung im städtischen Fahrzeugpark (Analyse liegt vor - "Die Verwaltung war selbst überrascht, wie viele Fahrzeuge in städtischem Besitz sind. Konsequenzen wurden bisher nicht gezogen."); Verkauf RNK, Gewinn 25 - 30 Mio, ebenso Alten- und Pflegeheime sowie ambulanten Pflegedienst; mit Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart, keine Gehaltssteigerung für 2 Jahre ☺; Konzept zur Integration von Ausländern, Arbeitslosen/Sozialfällen, Jugendlichen ("Jeder Jugendliche hat einen Schulabschluss"); können nach Ausscheiden von Dezernenten in den folgenden Jahren Dezernentenstellen eingespart werden?; Verkleinerung des Rates um 6 Sitze, Verzicht auf Erhöhung von Aufwandsentschädigungen. Auch diese Liste wurde in die Fachausschüsse zurückverwiesen. Jetzt sind wir gespannt auf die Abarbeitung!

### Jetztgehtslos

Unter dem Punkt "Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten" vermeldete OB Wagner einen ersten Erfolg: Das RNK und das Nordwestkrankenhaus Sanderbusch werden zukünftig zusammenarbeiten. Durch die "strategische Neuausrichtung" solle die Versorgung auf hohem Niveau sichergestellt werden. Eventuell soll es auch eine gesellschaftsrechtliche Verflechtung der beiden Kliniken geben. Ziel sei, die Krankenhäuser in der öffentlichen Hand zu behalten und den Gesundheitstourismus nach Oldenburg und Westerstede zu unterbinden. Die Mitarbeiter und der Personalrat seien bereits informiert. Ergänzung: Wagner und Frieslands Landrat Sven Ambrosy hatten angeregt, auch mit dem Wittmunder Krankenhaus künftig gemeinsame Wege zu gehen. "Das hat uns schon etwas überrascht, wir haben davon nur aus der Presse erfahren", so der Wittmunder Klinikchef Alfred Siebolds. Aus seiner Sicht bestehe derzeit keine Notwendigkeit, über

Fusionen oder eine Holding nachzudenken. Siebolds reagierte wie Landrat Matthias Köring "mit einem klaren Nein". (JWB 3.12.)

### Respektlos

In der Einwohnerfragestunde fragte Horst Radmer, den es vom Ratssessel wieder eine Etage höher in den Zuschauerraum katapultiert hat, ob schon absehbar sei, wann die Stadt insolvent ist. Diese Frage konnte oder wollte keiner beantworten. ☐

## Nachrichten

### Nachgetreten

Vor einem Jahr beschloss der Rat, an der Güterstraße einen Kunstrasenplatz einzurichten. Die erforderliche Summe von 700.000 Euro erhitze die Gemüter und wurde danach zum Eichmaß für andere Projekte, für die immer kein Geld da ist. Mittlerweile stehen die Kosten wegen entdeckter Altlasten bei 900.000 Euro. Sportdezernent Jens Graul empfahl dem Fachausschuss, die Entscheidung noch einmal zu überdenken, und nannte alternative Standorte. Sport ist gut und wichtig, aber ... wär schon viel getan, im Stadtgebiet überall Bolzplätze zu haben, also einfach Wiesen, die mal gemäht und nicht von Hunden zugekackt werden und wo es keine Konflikte mit Autoverkehr gibt. Als Torpfosten reicht auch die Jacke, wenn die Lütten gleich vor der Haustür Flächen zum Austoben haben.

### 3133 Unterschriften

zum Erhalt der Südzentrale wurden dem Rat der Stadt am 23.11. übergeben. Oberbürgermeister Andreas Wagner und die Ratsvorsitzende Ursula Glaser nahmen die dicke Mappe vom Vorstand des Vereins zum Erhalt der Südzentrale e. V. entgegen, in offener, freundlicher, ja würdevoller Atmosphäre. Wagner bat den Vereinsvorsitzenden Rüdiger Nietiedt und seine Mitstreiter nach vorn ins Zentrum des Saales und der Aufmerksamkeit. Nietiedt durfte selbst ein paar erläuternde Worte sprechen und bedankte sich für die große Unterstützung sowohl in der Bürgerschaft als auch in der Politik. Wagner wiederum bedankte sich beim Verein für das großartige ehrenamtliche Engagement, Beifall aus dem Saal. Sowa haben wir lange nicht erlebt, hätte es in einer bestimmten Ära nicht gegeben, einer langen Durststrecke, in der kritisch-konstruktiver Bürgereinsatz oft mit Füßen getreten wurde. Jetzt waren viele positiv überrascht und froh.



Foto: Imke Zwoch



# hartz IV und recht

## Was gibt's Neues?

### Es stehen einige Änderungen an

(noa) In der Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative am 8. November war mal wieder der Oldenburger Sozialrechtsanwalt Alfred Kroll als Referent zugegen, und mal wieder galt "kommt Kroll, wird's voll". Wir konnten sogar mindestens fünf Ratsherren im Publikum ausmachen.

Kroll war darauf vorbereitet, Neuerungen zu erläutern, die Erwerbslose betreffen (werden oder könnten). Doch vorab gab es einen Austausch von Artigkeiten: Ernst Taux erzählte von dem Fernsehbeitrag über Kroll, den der NDR am 21. Oktober ausgestrahlt hatte ("Verloren im Hartz-IV-Dschungel - Ein Anwalt hilft den Armen"). Hier wurden einige Fälle dargestellt, mit denen Kroll juristisch befasst war, und sein großes Engagement für die Rechte der Schwächsten wurde deutlich. Kroll gab das Lob zurück: Seine Arbeit ruhe auf breiten Schultern; die ALI sei eine Hochburg; "Hut ab vor so viel Engagement".

### Schwindelige Rechnung

Zum 01.01.2012 wird der Regelsatz erhöht, stärker sogar als das letzte Mal. Doch die Regelsatzerhöhung zu Beginn dieses Jahres (als "manipulativ berechnet" beschreibt Kroll sie - in diversen Internetforen zum Thema werden diverse Leute entschieden deutlicher und schreiben von der "Regelsatzlüge") steht nach wie vor im Feuer und wird früher oder später beim Bundesverfassungsgericht landen. Eher später als früher, denn so schnell geht das nicht, aber immerhin: Beim Bundessozialgericht liegen schon zwei Verfahren an. Das Sozialgericht Oldenburg und das Landessozialgericht Baden-Württemberg haben die neuen (also die 2011er) Regelsätze für "verfassungsrechtlich unbedenklich" erklärt, und beide Kläger gehen weiter.

Ja, und wenn das Bundessozialgericht - und danach das Bundesverfassungsgericht - feststellen sollten, dass die Berechnung, die zu der Erhöhung von 5 Euro geführt hat, nicht im Sinne des BVerfG-Urteils vom 9. Februar 2010 erfolgt ist - und das werden sie ziemlich sicher tun -, dann muss noch einmal gerechnet werden, und dann richtig. Und dann wird sich wohl herausstellen, dass der Regelsatz 2011 nicht 364 Euro, sondern vielleicht 380 oder 400 oder vielleicht sogar 500 Euro hätte betragen müssen.

Das wäre dann von rein akademischem Interesse für die, die sich das ganze Jahr hindurch bescheiden mussten. Um eine entsprechende Nachzahlung zu bekommen, müssten alle Betroffenen jetzt demnächst bezüglich sämtlicher Bescheide, die für das Jahr 2011 ausgestellt wurden, einen Überprüfungsantrag stellen und hier erklären, dass der Regelbedarf falsch berechnet war und neu berechnet werden muss. Das Job-Center hat ja aber den Regelbedarf nach gültigen Gesetzen gewährt und könnte darauf nur antworten, dass alles richtig gewesen sei. Deshalb kann man gleich in den Über-

prüfungsantrag reinschreiben, dass man mit einer Ruhendstellung bis zur höchstrichterlichen Entscheidung einverstanden ist.

So etwa könnte ein Antrag zur Überprüfung des Regelsatzes aussehen:

Name  
BG-Nummer  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Wohnort

An das Job-Center Wilhelmshaven  
Herderstraße 10  
26382 Wilhelmshaven

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

hiermit beantrage ich gemäß § 44 SGB X die Überprüfung der Bescheide vom ..., vom ... und vom ... bezüglich des Regelbedarfs. Die Berechnung des Regelbedarfs entsprach nicht den Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 ausgeführt hat. Ich bin mit einer Ruhendstellung meines Antrages bis zur höchstrichterlichen Klärung dieser Frage einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

Es gibt schon entsprechende Anträge bei verschiedenen Job-Centern, und die jeweiligen örtlichen Behörden haben den AntragstellerInnen die Ruhendstellung bis zur abschließenden Rechtsprechung angeboten.

### Der Klassiker

Als "Klassiker, der mich seit Jahren beschäftigt" bezeichnete Kroll die Kosten der Unterkunft. Die sind bekanntlich speziell in Wilhelmshaven ein Problem, weil die Stadt, die für diesen Teil der Leistungen nach dem SGB II zuständig ist, jahrelang beharrlich weniger Miete erstattet hat, als sie nach dem Gesetz tragen muss. Erst nach einem Vergleich zwischen dem Job-Center und drei Klägern, dem ein Gutachten des Darmstädter Instituts Wohnen und Umwelt zugrunde lag, wurden die Wilhelmshavener Mietobergrenzen deutlich angehoben. Bis dahin hatte das Job-Center sich immer wieder brav auf Zahlung höherer KdU verklagen lassen, gegen die Urteile des Sozialgerichts Oldenburg Berufung eingelegt, sich den Urteilen des Landessozialgerichts dann aber gebeugt. Dass es das immer wieder getan hatte, lässt darauf schließen, dass es sehr viele Hartz IV-Berechtigte mit Mieten über der von der Stadt festgelegten Obergrenze gibt, von denen aber nur ein kleiner Teil den langen Weg über Widerspruch, Klage und Berufungsverfahren ging. Die Gerichtskosten müssen wohl in ihrer Summe unter dem Eingesparten geblieben sein.

Das Gutachten des Instituts WU hat nun endlich für Befriedung gesorgt, und das Job-Center und die Stadt haben auch das Folgegutachten in Auftrag gegeben, so dass 2012 bis 2014 Mieten in vernünftiger Höhe getragen werden. Es wird künftig also weniger Probleme im Bereich der Unterkunftskosten geben.

Offensichtlich gibt es doch einige Betroffene, die wegen der Kosten der Unterkunft eine Überprüfung ihrer Bewilligungsbescheide beantragt haben. Werner Ahrens wies in der Versammlung darauf hin, dass unser hiesiges Job-Center hier die ersten Jahre z.T. "vergessen" hat.

### Ruhendstellung

Werner Ahrens weiß aus seiner Beratungstätigkeit, dass neuerdings zunehmend LeistungsempfängerInnen aufgefordert werden, mit 63 Jahren in Rente zu gehen. Auch hierzu nahm Alfred Kroll Stellung.

Gem. § 12a SGB II müssen Hartz IV-EmpfängerInnen vor dem Erreichen des 63. Geburtstages nicht in Rente gehen, ab 63 jedoch schon. Hintergrund: Alle anderen Sozialleistungen haben Vorrang vor Arbeitslosengeld II. Für Arbeitslose, die sich jetzt jahrelang mit dem Job-Center herumgeschlagen haben, scheint das erst einmal eine riesige Erleichterung zu sein. Uns sind Leute bekannt, die sich freuen, nun nicht mehr aussichtslose Bewerbungen schreiben zu müssen, nicht mehr an Maßnahmen, die sie schon mehrmals durchlaufen haben, teilnehmen zu müssen, nicht mehr vorgeladen zu werden. Doch: Die Berentung ab 63 kürzt die Rente. 7,2 % weniger Rente als bei Berufstätigkeit bis zum 65. Geburtstag, und das lebenslang, das ist happig.

Irgendjemand wird eines Tages dagegen klagen, um herauszufinden, ob die Zwangsrente ab 63 - während für Berufstätige das Rentenalter auf 67 angehoben wurde - verfassungskonform ist. Bis dahin gibt es nur den Trost, dass man zur Rente dazuverdienen darf.

### P-Konto

Eine Neuerung, die für nicht Informierte zur Katastrophe werden kann: Der Pfändungsschutz für Sozialleistungen gilt ab dem 01.01.2012 nicht mehr. Was das heißen kann, beschrieb die WZ in ihrer Ausgabe vom 08.12.: Wer überschuldet ist und wessen Gläubiger sich zwecks Eintreibung des Geldes schon beim Gericht einen Titel auf ihre Forderungen geholt haben, dem droht "Totalverlust" durch "Pfändung bis auf den letzten Cent".

Bislang wussten die BezieherInnen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld I und II, Rente, eben von Sozialleistungen: Wenn sie ihr Geld sofort nach Eingang der Leistung vom Konto holten, waren sie auf der sicheren Seite. Wer aber jetzt am 02. Januar sein Geld abheben will, kann es erleben, dass er nichts auf dem Konto hat.

Seit 1. Juli 2010 gibt es schon das "pfändungssichere Konto" (P-Konto); wer aufgrund von Überschuldung von Kontopfändung bedroht ist, muss jetzt sofort sein Girokonto in ein P-Konto umwandeln. Das ist ganz leicht, man muss es bei der Bank einfach beantragen, und dann sind alle Einkommen (nicht nur Sozialleistungen) bis zur Höhe von 1028,89 Euro/Monat vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt. Dieser Pfändungsfreibetrag gilt für Alleinstehende und ist für Familien höher. Um den für die eigene Situation richtigen Betrag bei der Bank eintragen zu lassen, muss man eine Bescheinigung vorlegen, die vom Arbeitgeber, den Sozialleistungsträgern oder von anerkannten Schuldnerberatungsstellen ausgestellt werden können.

**Der Insolvenzhilfeverein Wilhelmshaven in der Rheinstraße 91 bietet am 27. Dezember von 9 bis 17 Uhr die Möglichkeit, sich eine entsprechende Bescheinigung ausstellen zu lassen.**

"Pfändungssichere Konten kosten oft erheblich mehr", kritisiert die Bundesministerin für Verbraucherschutz Ilse Aigner (WZ,

08.12.2011). "Es ist nicht akzeptabel, dass gerade von finanzschwachen Verbrauchern unverhältnismäßig hohe Kontoführungsgebühren verlangt werden", findet sie. Wir haben die in Wilhelmshaven vertretenen Geldinstitute nach ihren Kontoführungsgebühren gefragt und bei denen, die uns geantwortet haben, durchaus erhebliche Unterschiede gefunden. Die Postbank führt ein neues Kontomodell ein, das sie "Basiskonto" nennt und das mit dem Pfändungsschutz versehen werden kann. Es kostet 5,90 Euro monatlich, während Menschen mit einem monatlichen Umsatz ab 2000 Euro ihr Konto dort gebührenfrei haben. Die Oldenburgische Landesbank (OLB) nimmt für das Girokonto mit Pfändungsschutz 3,50 Euro im Monat. Kostenlos sind Lohn-, Gehalts- und auch P-Konten bei der Sparda-Bank. Vergleichen lohnt sich! □



## Aus der Schule geplaudert

### Abstimmung mit den Füßen

Gegen Ende der vorigen Ratsperiode schien zu gelten, dass man in Wilhelmshavens Schullandschaft erst mal gar nichts ändert. Von der Oberschule hat man hier zunächst die Finger gelassen. Während zahlreiche Städte in Niedersachsen vor Beginn des laufenden Schuljahrs schon Vollzug meldeten, also Haupt- und Realschulen schon zusammengelegt hatten, wurde dieses Thema hier verschoben. Mittlerweile hat die CDU auf Bundesebene sich in ihrem Festhalten an der Dreigliedrigkeit des Schulwesens selbst für überholt erklärt. Nein, keine Bange! Frau Merkel hat zwar in so manch einer Frage ihre Partei grün/links unterwandert (Atomusstieg, Mindestlohn) – die gemeinsame Schule für alle hat sie jedoch noch nicht durchgesetzt. Aber doch jedenfalls die gemeinsame Schule für alle, die nicht zum Gymnasium gehen. Die Oberschule ist seit dem CDU-Bundesparteitag Regierungswunsch, und so hat sich auch Wilhelmshavens Schulausschuss notgedrungen mit dem Thema beschäftigt. "Und obgleich Wilhelmshavens Schulpolitiker das Thema Oberschule als Zusammenführung von Haupt- und Realschulen bislang noch nicht angefasst haben, sieht die Landes-schulbehörde Diskussionsbedarf", berichtet

**Betreutes  
Weihnachten**

**BAVARIA KRUG**

**Seit 1913!**

die WZ am 9.12.2011. Und weiter: "Auch an Wilhelmshaven geht die Tendenz zum Niedergang der Hauptschule nicht vorbei." Auf dem CDU-Parteitag in Leipzig hatte Bildungsministerin Annette Schavan auf Umfragen verwiesen, nach denen nur noch zwei Prozent der Eltern ihr Kind freiwillig zu einer Hauptschule schicken wollten.

### All inclusive

Unser Schulausschuss hat sich auch mit der Inklusion beschäftigt. Dieses Thema schiebt auch die Landesregierung vor sich her. Wenn man am gegliederten Schulsystem festhalten will, passt es natürlich überhaupt nicht, dass mal wieder die internationale Staatengemeinschaft sich einmisch und per Konvention "Chancengleichheit für Schüler mit Handicaps" fordert. Niedersachsen wird daher erst 2013 statt schon 2012 die gemeinsame Beschulung von Kindern in einer inklusiven Grundschule einführen.

Die LehrerInnenverbände sind da schon viel weiter - und erfreulicherweise einig! Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der eher konservative Verband Bildung und Erziehung und der Grundschulverband e.V. haben schon im September einen gemeinsamen Vorschlag für die Reform der Grundschule vorgestellt. Nach den Vorstellungen der drei Verbände soll das "Stempeln" (die Etikettierung als "behindert") aufhören, es soll kein Sitzenbleiben geben, und die Grundschulen sollen ganztags betrieben werden. Das klingt gut. Noch besser wäre es, wenn dies auch für alle Schülerinnen und Schüler nach dem Grundschulalter gelten würde.

### Der billige Jakob

Die drei Verbände konnten die Kosten der von ihnen geforderten Reform nicht beziffern. Egal wie günstig sie käme, selbst wenn sie kostenneutral wäre – sie wäre wohl auf jeden Fall zu teuer. In kaum einem Land wird so wenig Geld (gemessen am Brutto-sozialprodukt) in die Bildung gesteckt wie in Deutschland, und so müssen immer wieder Lehrkräfte kleinere Klassen fordern wie zuletzt z.B. der Philologenverband auf seiner Tagung im November, so müssen immer wieder SchülerInnen für eine bessere Bildung demonstrieren wie – ebenfalls im November – in Hannover.

Die Gehälter der Lehrkräfte in Deutschland liegen angeblich europaweit im oberen Mittelfeld. Angesichts der Zahlen, die die EU-Kommission im Oktober nannte, scheint man aber nur die regulär beschäftigten LehrerInnen berücksichtigt zu haben und diejenigen, die nur für die Unterrichtszeit eingestellt und für die Ferien jeweils "freigesetzt" werden, ausgelassen zu haben. Und im Vergleich zum Nachbarland Luxemburg gönnt Deutschland seinen Pädagogen nur die Hälfte. (WZ, 05.10.2011)

### Zweitletzter Platz

Was das Angebot an Kleinkinderbetreuungsplätzen angeht, liegt Niedersachsen ganz hinten. Im Vergleich der Bundesländer belegt es den zweitletzten Platz bei den Krippenplätzen, will nun aber 40 Mio. Euro bereitstellen und hofft, bis 2013 von gegenwärtig 19,1 auf die gesetzlich geforderte Quote von 35 % zu kommen. (WZ, 23.11.2011) Na, viel Glück!

### 10 Jahre PISA

So schön wie auf der "Kommentar und Hintergrund"-Seite am 3. Dezember hat die WZ noch niemals vorher den desolaten Zustand des deutschen Bildungswesens beschrieben. "Vom Schock zur Dauerreform" ist der Beitrag von Karl-Heinz Reith überschrieben, und hier kann man nachlesen, wie hektisch und wie wenig erfolgreich die "Reformen" in Reaktion auf die verheerenden Ergebnisse des internationalen Schulerfolg-Vergleichs waren. Da heißt es am Ende: "Dass die von den Kultusministern beauftragten Pisa-Forscher in den vergangenen zehn Jahren jede kleinste Veränderung gleich als Wende zum Guten darstellten, ..." und angesichts eines tatsächlichen Teilerfolgs (Deutschland erzielte 2009 in Mathematik und den Naturwissenschaften erstmals einen Platz oberhalb des Durchschnitts): "Einige Interpreten sahen die deutschen Schulen dabei gar schon euphorisch 'auf dem Weg zur Weltspitze'." Köstlich!

### Knapp davongekommen

Anfang Dezember erfuhr die Welt, dass Bernd Althusmann seinen Doktor behalten darf. Die WZ meldete am 2.12.2011: "Kultusminister dachte nie an Rücktritt". Das NDR-Fernsehen war am Vortag weniger rücksichtsvoll gewesen und hatte nicht ohne Häme berichtet, dass Niedersachsens Kumi "knapp davongekommen" ist: Zwar würde seine Dissertation, würde er sie jetzt vorlegen, nicht mehr zur Verleihung der Doktorwürde reichen (er hat damals dafür eine Gnaden-Vier bekommen), aber so schlimm wie Guttenbergs, Koch-Mehrens und Chatzimarkakis' Arbeiten war seine denn doch nicht. Wie schon an dieser Stelle vor einigen Monaten gesagt: "Nach meinem Dafürhalten ist es nach dem Maßstab, der an Aufsätze von Hauptschülern angelegt wird, eine sehr gute Inhaltsangabe." (GW 260) Und so kann Althusmann "weiterhin mit 'gutem Gewissen' vor eine Klasse treten und über Bildungspolitik sprechen." Na denn.

Anette Nowak



**Reparaturen  
aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik

# Vieles bewegen

## Neu im Rat: Rainer Büscher, Piratenpartei

(hk) Mit 1,7% oder 2624 Stimmen sind die Piraten ins Kommunalparlament eingezogen. Rainer Büscher vertritt nun in Wilhelmshaven die Partei, die in den letzten Wochen und Monaten wohl den meisten Wirbel verursacht hat. Man kennt die Leute nicht, man kennt das Programm nicht. Wir versuchen, mit einem Gespräch etwas Licht ins Parteidunkel zu bringen. Doch dieses Dunkel gibt es nach Meinung der Piraten überhaupt nicht. Ihr Leitmotiv lautet nämlich Transparenz.

**Gegenwind:** *Wie sind Sie auf die Idee gekommen, als Pirat für den Stadtrat zu kandidieren; wie kommt man als relativ junger Mensch auf die Idee, sich in den Stadtrat wählen zu lassen?*

**Rainer Büscher:** Ich habe mich aufstellen lassen, um für diese Stadt etwas zu bewegen, d.h. für die Bürger etwas zu tun, den Bürger einen Schritt nach vorne bringen – Arbeitsplätze schaffen und diese Stadt mal wieder beleben; auch für die jungen Leute. Die Abwanderung der Jugendlichen – das muss gestoppt werden.

*Das klingt ja gut – aber was steckt dahinter? Wie wollen Sie hier Arbeitsplätze schaffen? Das versuchen doch schon ganz viele Menschen seit ganz vielen Jahren.*

Die Bürokratiewege etwas einfacher machen. Stellen wir uns mal vor, BMW würde sagen, wir wollen nächstes Jahr nach Wilhelmshaven kommen. Dann muss der Weg bis zur Unterschrift beschleunigt werden.

*Das klingt ein wenig nach Großindustrie, wenn Sie als Beispiel BMW bringen. Kann das das Standbein der Stadt sein?*

Nein. Tourismus und Kleinbetriebe sind auch sehr wichtig. Das eben war nur ein Beispiel. Die Großindustrie ist es ja, die hier immer wieder Probleme bereitet. Macht ein Laden dicht, wie z.B. die Raffinerie, sind ganz viele Arbeitsplätze weg. Es geht um den Mittelstand, um Geschäfte, Gewerbe. Belegung der Markt- und der Gökerstraße – das schafft Arbeitsplätze, und die Stadt wird attraktiver.

*Da muss aber auch Geld in der Stadt sein – wenn ein Geschäft aufmacht, muss es ja auch Menschen geben, die das kaufen, was da angeboten wird.*

Das muss parallel laufen: Mittelstand stärken, Großbetriebe ansiedeln, Handwerk fördern. Von den kleinen Betrieben leben wir eigentlich!

*Warum machen Sie das mit den Piraten?*

Erst einmal fand ich es so schön, dass die Pi-

raten nicht auf jedes eine Antwort haben, die sagen auch mal "Nein, dazu haben wir noch kein Konzept, dazu haben wir noch keine Antwort", das fand ich interessant. Die anderen reden nur. Die Eurokrise zum Beispiel – alle sagen, "Wir haben ein Konzept", haben aber in Wirklichkeit nichts. Und die Piratenpartei hat von vorneherein gesagt: Wir haben noch kein Konzept, wir müssen selber erst einmal gucken. Das fand ich wichtig. Transparenz und Bürgernähe – wir haben das Parteiprogramm mit den Bürgern zusammen gemacht, wir haben uns zusammengesetzt; jeder durfte mitmachen. Es kann jeder jederzeit zu uns kommen. Wir sind ganz offen und bürgernah.

*Haben Sie hier ein Parteibüro? Oder wie kommt man in Kontakt zur Piratenpartei?*

Ein Parteibüro haben wir nicht. Wir haben unsere Stammtische, jeden 1. Montag und jeden 3. Freitag im Monat im "Anno 1300" in der Weser-/Ecke Ruselerstraße, um 19.30 Uhr. Da kann jeder gerne hinkommen und mit uns diskutieren, zusammenarbeiten.

*Als wichtige Themen hatten Sie ja schon "Abbau der Bürokratie" und "Arbeitsplätze schaffen" genannt.*

Bürokratie vereinfachen – das gilt ja nicht nur für die Kommune sondern auch z.B. für das Job-Center, die Arbeitsagentur – das ist alles viel zu kompliziert. Wir müssen die Kommunikation in der Stadt stärken, in den gesellschaftlichen Bereichen transparenter werden; damit die Leute auch wissen, was passiert überhaupt in der Stadt, wer macht was, wie kommt was zustande, wann wird was gebaut und warum. Dass die Leute nicht wie z.B. bei der CCS-Verpressung erst in der letzten Minute erfahren, dass wir hier so etwas kriegen sollen.

*Es würde doch reichen, wenn die Leute die Zeitungen lesen. Da steht doch alles früh genug drin – da gibt es amtliche Bekanntmachungen. Wie wollen Sie das denn machen, dass der Bürger eher Bescheid kriegt, intensiver informiert wird?*

Da wir jetzt ja schon die papierlose Ratsarbeit haben, wäre das mit einem Internet-Portal möglich, dass man auf dem Internet-Portal der Stadt vieles freischalten kann, die Planungen und Vorhaben transparenter darstellen kann, frühzeitige Informationsmöglichkeiten für die Bürger schaffen kann. Man kann Stadtteilzeitungen herausgeben, damit auch die Leute, die internettechnisch nicht begabt sind oder kein Internet haben, alles frühzeitig mitkriegen. Man muss Veranstaltungen organisieren. Nehmen wir z.B. den Banter See. Man muss

sich mit den Leuten treffen, sie informieren, deren Meinungen hören, mitdiskutieren. Jede Idee, jeder Vorschlag bringt uns voran.

*Sie haben jetzt zwei Ratssitzungen mitgemacht. Wie ist Ihr Eindruck, was kann man im Rat machen, wie agieren als einsamer Pirat, wie versuchen Sie, Ihre Ideen umzusetzen?*

Wir haben ja eine Gruppe gebildet mit der Wilhelmshavener Bürgervereinigung (WBV) und den Grünen, ich denke, dass dies eine gute Zusammenarbeit wird. Bei der ersten Ratssitzung erst einmal ein ganz mulmiges Gefühl, alles war neu, alles war anders und überraschend. Ich habe mich schon gewundert, dass die Zusammenarbeit, die im Wahlkampf überall eingefordert wurde, nicht mehr galt. Das ist mir aufgefallen. Die Wahlversprechen sind im Rat von den meisten über Bord geworfen worden.

*Sie meinen, dass die nicht die Politik machen, für die sie angetreten sind – die sie im Wahlkampf dargestellt haben. Und Sie hängen jetzt in der Opposition und können nichts mehr machen?*

Machen kann man immer was. Nur - es wird schwierig.

*Da ist einmal das Bollwerk von CDU/SPD, die auf Grund ihrer absoluten Mehrheit ja alles beschließen oder abschmettern können. Aber das ist ja eine demokratische Sache. Natürlich. Es ist ja so gewählt worden, aber trotzdem können wir mitbestimmen.*

*Na ja, der Wilhelmshavener Bürger wird nicht unbedingt eine schwarzrote Koalition gewählt haben – aber das Wahlergebnis lässt ja diese Konstellation zu. Im Rat werden Sie da sicherlich nicht viel durchsetzen können. Aber Sie sind ja auch noch in einigen Ausschüssen.*

Ja. Ich bin in den Ausschüssen Bauen und Planen und Soziales und Gesundheit, als Vertreter auch noch im Jugendhilfeausschuss und in weiteren Gesellschaften als Beiratsmitglied.

*Wie arbeiten Sie da, bzw. wie arbeitet die Gruppe da?*

Also, ich habe mir jetzt erst einmal die Ausschüsse angeguckt, ich denke, da kann ich erst Genaueres sagen, wenn die nächsten Ausschüsse gewesen sind. Da wird es dann



Rainer Büscher ist 32 Jahre alt, gebürtiger Wilhelmshavener, wuchs in F'grodan auf und ging in die Grundschule Finkenburg. An der IGS Wilhelmshaven machte er dann den erweiterten Realschulabschluss und im Abendunterricht bekam er Wirtschaftskunde gelehrt. Auf der Berufsbildenden Schule III begann die Ausbildung zum Sozialassistenten und gleich danach ging die Ausbildung zum Kinderpfleger weiter. In Horumersiel war Rainer Büscher ein paar Jahre im dortigen Kindergarten beschäftigt. Nach einer Weiterbildung zum Koch ging es dann in den Catering-Service. Heute kommt noch die Betreuung von Jugendlichen und

Menschen mit Behinderungen dazu.

Rainer Büscher zum Gegenwind: "Auch heute besteht mein Leben aus vielen politischen Themen, die ich mit vielen Aktionen in das Gedächtnis der Menschen holen wollte, und ganz wichtig ist mir hierbei die echte Demokratie mit einer wirklichen Bürgerbeteiligung. Wir müssen wieder sozialer, transparenter und ehrlicher werden."

Frühstücken  
Parties  
Konzerte

**KLING KLING**

www.kling-klang-whv.de  
www.myspace.com/klingklang

**Hier spielt die Musik**

Wilhelmshaven - Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

spannend werden, wenn es im nächsten Jahr richtig losgeht.

*Und die Arbeit in den Ausschüssen, wie organisieren Sie das? Wird die Arbeit dort anders als im Rat aussehen?*

Es wird anders in den Ausschüssen laufen, da werden auch andere Ergebnisse kommen, da wird es auch andere Abstimmungen geben. Ich denke, dass wir da auch vieles bewegen können.

*Meinen Sie, dass man in den Ausschüssen besser diskutieren kann, dass nicht alles gleich von der Mehrheit niedergestimmt wird?*

Ja, ich denke, das Klima in den Ausschüssen ist ganz okay.

*Gibt es in den Ausschüssen auch eine Redezeitbeschränkung?*

Nee, das ist einfacher da. Unsere Anträge werden schon kommen – und die wollen wir auch so gut, wie es geht, mit den anderen durchkriegen.

*Wie läuft die Unterstützung durch die Piratenpartei?*

Wir haben viele Fachleute im Hintergrund, auch niedersachsenweit. Wir haben schon viele Bereiche abgedeckt: Soziales, Bildung, Arbeit, Videoüberwachung. Aber wir haben auch zu anderen Sachen Antworten parat. Und wenn wir mal etwas nicht wissen, ist es auch nicht so schlimm.

*Wie ist das mit Ihrer Identität als Pirat? Was macht einen Piraten aus?*

Pirat ist einfach Transparenz. Alles, was die Piraten machen, ist transparent und bürger-nah. Die Piraten sind links, z.B. bei den sozialen Themen, Schule, Bildung. Das sind die Themen, die die Piraten ausmachen.

*Und Sie meinen, dass Sie diese Transparenz und Bürgernähe auch im Stadtrat durchhalten können?*

Ja. Doch, kann man durchhalten. Wir Piraten sind anders, und dieses Anderssein bringt uns wirklich auch ein Stückchen voran. Viele andere Parteien reden jetzt auch von Transparenz, viele haben auch andere Themen von uns aufgenommen. Aber unsere Strukturierung ist offener. Wir sind für jeden offen, bei uns kann jeder mitdiskutieren, und wir lassen unsere Positionen ja auch öffentlich einsehen.

*Der Gegenwind ist gespannt, wie sich die Piraten zukünftig im Rat der Stadt präsentieren werden. Vielen Dank für das Gespräch. □*

## Leserbriefe

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihren Archiven (Gegenwind 226, 246 und 260) entnehme ich, dass Sie sich sehr häufig mit der Cyanobakterienproblematik des Banter Sees beschäftigt haben.

Sie zitieren Prof. Schuller, der das Problem der Sauerstoffversorgung im tieferen Teil des Sees beleuchtet hat. Die Sprungschicht kann nach einer kurzen Wärmeperiode selbst durch starken Wind nicht mehr aufgebrochen werden.

Diese Sprungschicht weiter in die Tiefe zu verlegen ist genau der Ansatz, der durch die Freistrahlanlagen verfolgt wird. Wird an einer Stelle die Sprungschicht in die Tiefe verlagert, kann sich der dann vorhandene Dichteunterschied sehr weit ausbreiten – in der Bleilochtsperre sogar über mehr als 10km stromauf. Die Geschwindigkeit ist u.U. sehr klein.

Der Gutachter Manzenrieder hat dies aber in Frage gestellt. Hier irrt er selbst! Die geringe installierte Leistung (2 mal 1,4kW) ist durchaus in der Lage, den gesamten See zu destabilisieren.

Offensichtlich standen in den ihm von der Stadt zugeleiteten Informationen nicht alle Unterlagen der Fachhochschule zur Verfügung.

Im See sind durchaus wesentliche Änderungen eingetreten. Hierzu wird es einen Zwischenbericht geben.

Wenn der See grün ist, sind es und waren es auch nicht immer Cyanobakterien (Blaualgen), sondern es waren mehrheitlich Grünalgen, die völlig harmlos sind.

Die von Ihnen und vielen anderen immer wieder vorgeschlagene Methode, Salzwasser einzubringen, ist durchaus fragwürdig. Durch einen solchen "Schock" wird das Biotop durcheinander gewirbelt und die vorhandene Biozönose umgekrempelt. Diese Methode hat Manzenrieder im Hooksmeer angewandt.

Cyanobakterien gehören zu den Arten, die sich an alle Biotope anpassen können. Im Hooksielener Innenhafen sind die Algen schon nach wenigen Jahren angekommen.

Mit freundlichen Grüßen

**Prof. Dr.-Ing. J. Michele,**  
Soestestr. 3,  
26419 Schortens

### Putschisten

Zum Kommentar "Gegen die Wand" von Hannes Klöpfer im Gegenwind 261:

Lieber Hannes, "Die Leute aus dem Epizentrum haben ihr Ziel erreicht," schreibst Du und weiter: "der W'havener Kreisverband liegt am Boden, die aktiven Mitglieder haben die Partei verlassen." Als jemand, der mit dem Epi-Zentrum gerne zusammenarbeitet und als jemand, der sich aktiv gegen die Putschisten, die aus der SPD zu uns kamen, gewandt hat, weiß ich, dass diese zwei Sätze von Dir völlig daneben sind. Weder hatte, noch hat das Epi-Zentrum das Ziel, der Linken zu schaden, ganz im Gegenteil, noch liegt unser

KV am Boden. Die aktiven Mitglieder heute waren auch die aktiven gestern. Die Aktivität der SPD- Flüchtigen bestand hauptsächlich darin, den KV für ihre Ziele zu erobern. Dazu wurde von ihnen eine beispiellose Verleumdungskampagne gegen Mitglieder des Epi-Zentrums und gegen ihre Gegner im KV inszeniert. Mir ist in meinem politischen Leben schon viel menschliche Niedertracht begegnet, aber was einige aus der Gruppe der SPD-Flüchtigen sich erlaubte, war die Krönung.

Wir sind stolz und froh, dass wir den Kreisverband in dieser Auseinandersetzung für eine solidarische linke Politik gerettet haben. Die Aktiven von gestern sind immer noch aktiv, das hätte Dir in den letzten Monaten auffallen können; und mit Hilfe neuer Mitglieder (die gibt's schon!) wird die Partei wieder erstarben. Denn die Linke ist nötig, da hast Du Recht.

Gruß

**Johann Janssen**  
Klinkerstr. 47a  
26388 Wilhelmshaven



**ROCK FISCH**

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT  
Mainstraße 22 ★ Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

## Minicar Dirks

☎ 772211



**Wir haben  
unseren  
Fuhrpark um  
einige  
Großraumfahrzeuge  
erweitert**

## Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

# Nachrichten

## Es heißt DIE Justiz

Eine spannende Veranstaltungsreihe hat wieder mal unsere städtische Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen auf die Beine gestellt, diesmal zusammen mit dem Amtsgericht Wilhelmshaven. "Justitia ist eine Frau" heißt die Wanderausstellung, die im November im Flur des Amtsgerichtes gezeigt wurde. Meist blicken wir nur auf die letzten 100 Jahre des Erwachens und der erneuten Unterdrückung der Frauenrechte zurück. Anlässlich des 100jährigen Bestehens des Internationalen Frauentages zogen unsere DGB-Frauen unter anderem eine Bilanz, die aus heutiger Sicht schier unglaubliche wie erschütternde Aspekte aufzeigte. So ist es z. B. kaum eine Generation her, dass ein Ehemann den Arbeitsvertrag seiner Frau kündigen durfte, wenn sie ihren Haushaltspflichten nicht nachkam ... und es gibt noch lebende Zeitzeuginnen der Naziherrschaft, die die Frauen zu Gebärmaschinen für Soldaten degradierte.

"Justitia ist eine Frau" richtet den Blick auf die rechts- und frauengeschichtliche Entwicklung der letzten 23.000 (!) Jahre. Dr. jur. Barbara Degen, Rechtsanwältin für Frauenrechte, Mitbegründerin des "Feministischen Rechtsinstituts Bonn/Hamburg" und des "Hauses der Frauengeschichte" in Bonn, hat die Ausstellung konzipiert und gab zur Eröffnung in Wilhelmshaven einen tiefen Einblick in die Grundlagen und Ergebnisse ihrer Recherchen. Zwangsläufig ist sie dabei auch in die Kunstgeschichte eingetaucht. Zeitgenössische Bilder und Skulpturen sagen mehr als tausend Worte, zumal die Macht des Lesens und Schreibens lange Zeit jenen vorbehalten war, die auch die Macht behalten wollten. Das erstaunliche Ergebnis: Über die weitaus längste Zeit der überlieferten Menschheitsgeschichte wurden Frauen als Quell des Lebens, der Weisheit und eben der Gerechtigkeit verehrt und besaßen einen bedeutenden gesellschaftlichen Stellenwert, der erst zu Beginn der Neuzeit (15./16. Jh. n. Chr.) deutlich einbrach. Während selbst

die Inquisition im ausgehenden Mittelalter sich von Hexenverbrennungen distanzierte, wurden diese barbarischen Morde mit den aufkommenden Konfessionskriegen Teil des "offiziellen" Justizsystems. (In einigen Kulturen z. B. in Lateinamerika, Südostasien und vor allem in Afrika, gibt es sie bis heute.)

Begleitend zur Ausstellung wurden drei weitere Veranstaltungen angeboten, ein Vortrag zum Thema Vorsorgevollmacht, eine Lesung sowie eine Podiumsdiskussion zum Thema "Rechtliche Stellung der Frau im Wandel der Zeit".

Ein Amtsgericht betritt man meist mit flauem Gefühl im Magen. Hier wurde es zu einem Ort der lebendigen Auseinandersetzung mit Recht und Gesellschaft. Man/frau kann nicht oft genug verdeutlichen, wie steinig der Weg zur heutigen Zivilgesellschaft war, wie wichtig es ist, die Errungenschaften zu verteidigen und weiter auszubauen, Schritt für Schritt vor und keinen zurück, bis zur vollständigen Gleichberechtigung, hier und andernorts, wo Frauen immer noch vollständig unterdrückt werden, das Errungene und das noch Bessere als Maßstab zu nehmen, statt sich mit Blick auf das Schlechtere mit dem Eigenen zufrieden zu geben. (iz)

Zum Nachlesen: Barbara Degen, *Justitia ist eine Frau*. ISBN 978-3-86649-142-7.

LANDESBÜHNE  
NIEDERSACHSEN NORD GMBH

## Alles Theater

• Mindergiftig kommt die aktuelle Inszenierung von **"Arsen und Spitzenhäubchen"** daher. Es ist freilich schwer, den populären Filmklassiker mit Cary Grant zu toppen. Joseph Kesselring hatte sein berühmtestes Stück (Arsenic and Old Lace) ursprünglich als Sozialdrama nach einer wahren Mordserie angelegt, ließ sich aber überreden, eine Komödie draus zu machen. Die wurde zum Welterfolg und füllte drei Jahre (1941-44) die Theatersäle, erst danach durfte der bereits abgedrehte Film ins Kino.

Im Programmheft nennt die Landesbühne die Komödie "unverwüstlich" - und beweist das Gegenteil. Ein unterhaltsamer Abend allemal, der Großteil des Premierenpublikums

war hörbar amüsiert, der Humor kam jedoch nicht rabenschwarz rüber, zu laut, zu boulevardesk entfalteteten sich vor allem Julia Blechinger und Sibylle Hellmann, quälten sich mal rheumatisch die Treppe hoch und flitzten dann wieder am gespielten Alter vorbei durchs Bühnenbild. Die größte spielerische Vielfalt entfaltete mal wieder Cino Djavaid, der jedoch aufpassen muss, nicht für ein Stereotyp verheizt zu werden - es wäre spannend, ihn mal nicht in einer karikierenden Rolle zu sehen. Zu Hochform läuft Peter Lindhorst als Sergeant Patrick O'Hara in seinem erschlagenden Monolog auf, der durch einen witzigen Standbild-Zeitraffer noch verschärft wird. Leider bleibt dieser Griff in die kreative Trickkiste isoliert in einer gut zweistündigen Nacherzählung - Für den 21. und 30.12. sind noch Karten zu haben.

• Wegen der großen Resonanz beim Publikum (und auch bundesweit bei Kritikern der Fachpresse) gibt es am Samstag, den 4. Februar 2012, um 20 Uhr eine weitere Vorstellung der deutschsprachigen Erstaufführung **„Verkäufer“** im Stadttheater Wilhelmshaven. Der Autor des Stückes, Edoardo Erba, reist für diese letzte Aufführung extra aus Rom an und freut sich auf einen besonderen Theaterabend. Eintrittskarten am Service-Center der Landesbühne (Tel. 04421-9401-15), an den bekannten VVK-Stellen sowie im Internet unter [www.landesbuehne-nord.de](http://www.landesbuehne-nord.de).

• Wieder da ist seit dem 1.12. der **"Märchenladen"**. Schauspieler aus dem Landesbühnen-Ensemble lesen und erzählen bekannte und weniger bekannte Märchen in einem leerstehenden Ladenlokal in der Südstadt Wilhelmshavens. Der Eintritt ist frei! (Gruppen melden sich bitte in der Dramaturgie der Jungen Landesbühne unter Tel. 04421-9401-34 an.)

• Am 22. November 2011 verstarb der göttliche Kabarettist, Komponist, Sänger und Dichter Georg Kreisler. Sein vorletztes Bühnenwerk, das Ein-Mann-Musical **"Adam Schaf hat Angst oder: Das Lied vom Ende"** inszenierte er selbst zuletzt 2006 mit Tim Fischer im Hamburger Schmidt-Theater. Seit September und glücklicherweise noch bis Ende Januar läuft es im Jungen Theater

**Aufführungen:** Di 27.12. / Mi 28.12.2011  
Mi 18.01. / Mi 25.01.2012 / jeweils 20.00 Uhr.

WWW.BASU-WHV.DE BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

Das „Trio Infernale“, bestehend aus der selbsternannten Elite des Politikaders Wilhelmshavens lässt nun endgültig „die Hosen

runter“ und zeigt sein wahres Gesicht. Demokratische Gepflogenheiten, das war gestern, oder genauer: 18:01 Uhr am 11. September 2011, als CDU und SPD längst wussten, wir bauen uns eine Große Koalition und fahren Wilhelmshaven mit fast der gleichen Besetzung aus den Reihen der Politprominenz, die die Jadestadt sozusagen „in die Grütze

fuhren“, endgültig an die Wand. Genau wie in Europa herrscht in Wilhelmshaven deutlicher Mangel an Politikern, die über den Tellerrand ihrer eigenen Partei hinausschauen wollen oder können. Was wir erleben, ist

die Arroganz der Macht in Vollendung, gepaart mit allen erdenklichen menschlichen Fehlern. Im Pakt jede Menge Absichtserklärungen, die zum eigenen Vorteil im Kampf um jedes noch so kleine Pöstchen ignoriert werden - Wahlversprechen, das war vorgestern. Enttäuschung, der Ruf nach Wählertäuschung und blanke Wut machen sich nicht nur in Reihen der politischen Opposition breit, auch die Bevölkerung fühlt die oppositionelle Ohnmacht des Ausgeliefertseins, die erdrückt und nicht befreit. Der Staat im Staate strebt nach Vollendung und so mancher denkt, das kenne ich doch: Alles wie früher und noch andere denken, wie ganz früher.

**FROHES FEST UND GUTEN RUTSCH!**

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT: [WWW.BUERGER-WHV.DE](http://WWW.BUERGER-WHV.DE)



DAS TRIO INFERNALE WILHELMSHAVENS [v. l. n. r.]  
KARLHEINZ FÖHLINGER [SPD] - STEPHAN HELLWIG [CDU],  
ANDREAS WAGNER [CDU OBERBÜRGERMEISTER]

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR  
WILHELMSHAVEN  
[BILDUNG | ARBEIT  
SOZIALES UMWELT]  
[WWW.BASU-WHV.DE](http://WWW.BASU-WHV.DE)